



Das Land als Kreditnehmer – Politik und Sozialpartner mahnen zur Vorsicht

Respekt vor der Schuldenfalle

Südtirols Wirtschaft stagniert, die Zahl der Arbeitslosen steigt. Soll das Land deshalb zusätzliche Ausgaben über Schulden finanzieren, um die Konjunktur anzukurbeln? **Der Vorschlag weckt wenig Begeisterung.**

Bozen – Bei der Bezirksversammlung des Landesverbandes der Handwerker in Tramin hat der Landtagsabgeordnete Oswald Schiefer unlängst mit dem Gedanken gespielt, das Land Südtirol könne Kredite aufnehmen, um zusätzliche Ausgaben zu finanzieren, welche dann zu einem Wirtschaftsaufschwung und zu einer Entspannung der Lage am Arbeitsmarkt führen. Der Vorstoß hat hellhörig gemacht, auch wenn die Idee nicht ganz neu ist. Schon in der vergangenen Legislaturperiode wurde innerhalb der SVP-Landtagsfraktion über dieses Thema gesprochen, ohne sich dann allerdings näher damit zu befassen, zumal der damalige Landeshauptmann Luis Durnwalder immer strikt gegen jede Art des Schuldenmachens durch das Land war, das bereits langfristige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den verschuldeten Gemeinden eingegangen ist.

Die Befürworter einer lockeren, mit Schulden gegenfinanzierten Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand berufen sich auf die Theorie des 1946 verstorbenen Wirtschaftswissenschaftlers John Maynard Keynes, die besagt, dass die Märkte nicht alleine gut funktionieren und die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen gesteuert werden muss. Der Staat solle die Wirtschaft bei Bedarf durch vermehrte öffentliche Ausgaben beleben, in Zeiten der Hochkonjunktur könnten dann die Schulden wieder abgebaut werden. Das Problem: Viele Staaten, darunter besonders Italien, haben zwar die Ausgaben angehoben, die Schulden aber nie oder nur ungenügend zurückgeführt. Das Ergebnis ist ein Schuldenberg, der den Staat und seine Bürger zu erdrücken droht.

Keynesianismus in Südtirol wenig verbreitet

Was soll Südtirol also tun: Schulden machen, um die Wirtschaft anzukurbeln und später die Schulden wieder tilgen – oder sich erst gar nicht aufs Schuldenmachen einlassen?

Michl Ebner, der Präsident der Handelskammer Bozen, betont, dass er grundsätzlich gegen eine Schuldenaufnahme ist. „Solange bei der Region

Glosse Ministerten

Landesrat Philipp Achammer (28) ist in Wien mit dem österreichischen Außenminister Sebastian Kurz (27) zusammengetroffen. De jure sind die beiden schon Regierungsmitglieder, de facto noch immer Studenten.

mehrere hundert Millionen ungenutzt liegen, die man für die Auszahlung von Geldern verwenden könnte, welche den Unternehmen bereits zugesagt worden sind, wäre es unverantwortlich, Schulden zu machen.“ Eine Ausnahme kann sich Ebner vorstellen: Die Handelskammer hat angeregt, einen Fonds einzurichten, aus dem die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden in Südtirol finanziert werden sollte, was vielen Unternehmen Aufträge bringe. Ein Teil der notwendigen Mittel könnte durchaus auch geliehen werden, da die Rückzahlung über Einsparungen bei den Ausgaben für Energie gewährleistet wäre.

Stefan Perini, der Direktor des Arbeitsförderungsinstituts, meint, „unter gewissen Voraussetzungen kann es volkswirtschaftlich Sinn machen, wenn sich die öffentliche Hand vorübergehend verschuldet, um die Nachfrage zu stützen“, er warnt aber vor einer systematischen Verschuldung. Wichtig sei es zudem, dass „von öffentlichen Investitionen in Sach- und Humankapital Lenkungs- und mittelfristig Wirkungseffekte ausgehen. Was Südtirol betrifft, bin ich der Meinung, dass im Moment genügend Instrumente vorhanden sind, um die Wirtschaft anzukurbeln. Insofern sehe ich unmittelbar keinen Bedarf für das Land, Schulden zu machen.“

Schulden machen, um Investitionen zu finanzieren, darf Südtirol laut den Finanzbestimmungen des Autonomiestatus, und das Land hat sich von Moody's und Fitch raten lassen. Im Ernstfall würde aber wohl der Staat Druck ausüben, denn Rom ist – wie Martin Larch, ein Staatsschuldenexperte bei der EU-Kommission – betont präzise Verpflichtungen hinsichtlich Defizit und Schulden der öffentlichen Haushalte gegenüber den Partnerstaaten eingegangen und muss die Einhaltung der Regeln innerhalb des Staates sicherstellen.

Und was sagt der Chef, also Landeshauptmann Arno Kompatscher, der auch Finanzlandesrat ist? „Grundsätzlich bin ich gegen eine Verschuldung, weil damit eine Belastung der nachfolgenden Generationen einhergeht. Außergewöhnliche Ereignisse oder Erfordernisse könnten es notwendig machen, dass Schulden aufgenommen werden. Derzeit sind wir aber nicht in einer derartigen Situation.“

Mit anderen Worten: Ein Schuldenmachen vollkommen ausschließen will niemand. Aber Geld leihen wird als letztes Mittel gesehen, nicht als süße Medizin. Die Schuldenfalle, in die viele Staaten getappt sind, ist eine Warnung.

Robert Weissensteiner
rweiser@swz.it